

Der „Briefetal-Bote“ erscheint Dienstags, Donnerstags und Sonnabends. Der Bezugspreis beträgt für das Vierteljahr 1 2/3 Mark, monatlich 7 Pfennig. Die einzelne Nummer kostet 7 Pfennig. Nach auswärts Postzuschlag.

Briefetal-Bote

Entzogen werden in der Geschäftsstelle Birkenwerder, Bahnhof-Allee 6 und von allen Anzeigen-Expeditionen angenommen. Die Leihgebühren betragen 10 Pfennig, die Reflektoren 20 Pfennig.

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehnitz, Stolpe
Fernsprecher: Amt Birkenwerder Nr. 5



für ehem. Hofjagdrevier, Bergfelde, den Amtsbezirk Schönfließ und Umgegend
Telegr.: Briefetalbote, Birkenwerder

Alleiniges amtliches Publikationsorgan mit rechtsverbindlicher Publikationskraft für den Amtsbezirk Birkenwerder. Anzeigenpreis für die neugegründete Kleinzelle oder deren Raum 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamezettel 80 Pfennig. Berechnung in Goldmark zum amtlichen Dollarkurs.

Nr. 32. Postfach-Konto: Berlin 62 448 Sonnabend, den 15. März 1924 Postfach-Konto Berlin 68448. 23. Jahrg.

Der Amtsvorsteher Birkenwerder.

Ein goldener Trauring als verloren gemeldet.
Birkenwerder, den 14. März 1924.
Der Amtsvorsteher: J. v. Pieper.

Kurze Nachrichten.

Der Reichstag lehnte den deutschen Antrag, mit den Reichstagswahlen gleichzeitig die Neuwahl des Reichspräsidenten vorzunehmen, ab.
Der Sachliche Landtag hat den Antrag auf Einführung der Sommerzeit mit Einstimmigkeit abgelehnt.
Der zweite Länderkongress hat den Antrag auf Einführung der Sommerzeit mit Einstimmigkeit abgelehnt.
Der zweite Länderkongress hat den Antrag auf Einführung der Sommerzeit mit Einstimmigkeit abgelehnt.
Der zweite Länderkongress hat den Antrag auf Einführung der Sommerzeit mit Einstimmigkeit abgelehnt.

Der Reichstag aufgelöst.

Der im Jahre 1920 gewählte Reichstag, der erste Reichstag nach der politischen Umwälzung vom Jahre 1918, ist gestern nachmittag auf Grund einer Verordnung des Reichspräsidenten, die Reichstagsler Marx zur Verlesung brachte, aufgelöst worden. Damit ist die Tätigkeit dieses Reichstages abgeschlossen, und der Wahlkampf wird nun beginnen. Ueber den Wahltermin steht das Wahlgesetz noch nicht fest. Nach der Reichsverfassung müssen Neuwahlen spätestens am 30. März, ausgerechnet, stattfinden. Da der Reichstag am 13. März aufgelöst worden ist, so ergibt sich hieraus als spätestes Wahltermin der 11. Mai, der letzte Sonntag vor dem am 13. Mai ablaufenden Freitag.

Rechtsruck in der Volkspartei.

Von Reichstagsabgeordneten und Organisationsvertretern der Deutschen Volkspartei ist eine „Nationalliberale Vereinigung“ der Partei gegründet worden. Darin sind jene Fraktionsmitglieder vereinigt, die sich schon wiederholt mit der offiziellen Fraktions- und Parteipolitik nicht einverstanden gezeigt haben.

Goldpfand, Finanzreform, Ruhrrevision.

London, 13. März. Im Vordergrund des politischen Interesses steht die englisch-amerikanische Sättigungsaktion für den Franken. Ein Syndikat unter Führung Morgans hat der Bank von Frankreich und zwar gegen Verpfändung eines entsprechenden Teiles der Goldvorräte der französischen Notenbank, einen Kredit von 100 Millionen Dollar eröffnet. Drei Londoner Bankengruppen haben gestern Abend im Rahmen dieses Kredites der Bank von Frankreich gegen die französische Regierung gegen Übergabe von Schatzscheinen, die eine Laufzeit von drei Monaten haben, oder dreimal auf weitere drei Monate verlängert werden können, einen Kredit von 5 Millionen Pfund eingekauft. Die Verzinsung der englischen Banken beträgt 5 1/2 Prozent pro Jahr.

Goldtribut in 14 Tagen.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht soll den Sachverständigen in Paris erklärt haben, die provisorische Kreditbank zur Stillung der Rentenmarkt werde innerhalb der nächsten 14 Tage gegründet. Die Operation würde in der Weise geführt, daß die Aufnahme der provisorischen Bank in die Emissionbank unter möglichst geringem Zeitaufwand vorgenommen werden kann. Nach Ansicht der Sachverständigen sind dazu, sowie der Schlußbericht von der Reparationskommission angenommen wird, noch zwei Monate erforderlich. Die deutsche Regierung dagegen finde, daß mindestens das Kapital und die Reservefonds erst im Verlaufe von ungefähr sechs Monaten aufgebracht werden können.

Die Verhaftungen in Oberschlesien.

Berlin, 12. März. Die polnische und die französische Presse veröffentlichten alarmierende Nachrichten über Verhaftungen in Deutsch-Oberschlesien, die weit übertrieben sind. Wie von zuständigen Stellen aus Grund einwandfreier Feststellungen mitgeteilt wird, handelt es sich bei sämtlichen Verhaftungen um deutsche Reichsangehörige, die dringende verdächtig sind, einer in Polens-Berlin bestehenden Geheimorganisation anzugehören, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, den bei Deutschland verbliebenen Teil Deutschlands gewalttätig von Deutschland loszureißen. Das Verfahren gegen die Verhafteten schwebt zurzeit vor dem Reichsgericht.

Die Vorschläge zur Wemeltage.

Genf, 12. März. Die Vorschläge des Wemelt-Ausschusses des Völkerbundes gelangen heute zum erstenmal vor den Völkerbundsrat, der nach einem ausführlichen Bericht des Ausschusspräsidenten Norman Davies und einer Rede des polnischen Vertreters Strumkowski, die weitere Debatte zu eröffnen, da die litauischen Vertreter noch nicht eingetroffen sind.
Friede zwischen Papst und Italien.
London, 12. März. Wie aus Rom gemeldet wird, ist der Zwist zwischen dem Vatikan und der italienischen Regierung nunmehr beigelegt. Dieser Zwist begann bekanntlich im Jahre 1870, als Garibaldi in Rom einrückte und der Papst sich in den Vatikan zurückzog, wo er bis heute praktisch ein Gefangener der italienischen Regierung gewesen ist. Zwischen ihnen ist jetzt ein Abkommen getroffen worden, wonach die italienische Regierung dem Vatikan den ganzen vatikanischen Staat überläßt und sich zum Vatikan als unabhängigen Staat verpflichtet, während ihr der Vatikan die in der Stadt gelegenen Wohnhäuser der Kardeine abtritt. Die Unabhängigkeit des Papstes soll vom Völkerbund garantiert werden.

Kampf um Rahr.

Von besonderer Seite wird uns über die Entwicklung im Hitlerprozeß zu München geschrieben: Der ganze Prozeß ist eine Sensation. Aberreich ist er selbst wieder an Sensationen. Denn ihn sensationell zu gestalten ist das Streben der Angeklagten ebenso, wie der Verteidiger. Das ist natürlich gutes Recht beider, aber es zerrt an den Nerven von uns Zuhörern ebenso, wie an den Nerven des deutschen Volkes. Alles, was bisher verhandelt worden ist, was die Angeklagten auszusagen, was die Verteidiger fragten, das richtete sich gegen den Generalstaatskommissar von Rahr. Endlich erschien der vielumstrittene Mann im Saal. Hielt wie die anderen seine Rede, die aber nicht eine Anklage war, wie die Hillers, Ludendorffs usw., sondern eine vorsichtige Verteidigungsrede. Nach allen Seiten suchte er sich zu decken, aber am Nachmittag führten nun Angeklagte und Verteidiger von allen Seiten auf den feinen unterlegten Mann ein, weil sie, wenn es ihnen nicht gelingen sollte, ihre Ehre zu retten, wenigstens doch Rahr, Löffler und Seißer in den Strudel hineinreißen wollten.

Es handelt sich bei den Fragen der Verteidiger, diefen klar zugesprochen, unangenehm indiskret, immer auf das gleiche Ziel hinführende Fragen nämlich einmal darum, ob Rahr und wie weit er in die Pläne der Hitler und Geyers eingeweiht war, ihre letzten Ziele gebilligt hat. Zuerst versuchen sie die ganze Grundlage zu erschüttern, auf der das Generalstaatskommissariat steht, suchen zu beweisen, daß dieser Generalstaatskommissar eine ganze Reihe von Reichsgeheimen und Verordnungen der Reichsregierung nicht ausgeführt hat, daß, wie der Verteidiger Justizrat Kohl behauptet, von der Reichsverfassung in Bayern zum Schluß überhaupt nichts mehr übrig geblieben sei. Denn man wolle beweisen, daß nicht die Angeklagten, sondern das Generalstaatskommissariat die Reichsverfassung abgeändert habe, daß sich Rahr über die Verfassung hinweg zum Diktator gemacht habe und damit beweisen werde, ein Hochverrat in der Richtung gegen Bayern sei dann gar nicht vorhanden. Denn die gesamte vollziehende Gewalt sei dann in Rahr vereinigt gewesen und diese Person sollte ja durch den Putz noch höher hinaufgehoben werden.

Diese Linie, auf der die Verteidiger vorwärts gehen, mag juristisch in Ordnung sein, ist aber von einer solchen Einstellung hinsichtlich ihrer politischen Wirkung veranlaßt. Es mag juristisch der springende Punkt sein, nachzuweisen, daß Rahr sich beratig über die Reichsverfassung hinweggesetzt habe, daß man von ihrer Nichterfüllung in Bayern mit Recht hätte überzeugt sein können. Der Gerichtshof lehnt aber die Zulässigkeit all dieser Fragen ab, und Rahr selbst läßt manche Frage unbeantwortet, weil sie unter das Amtsgeheimnis falle. Denn die Verteidiger versuchen, sozusagen hinterherum ihre Fragen an den Mann zu bringen.

Sie suchen auch festzustellen, ob sich Rahr mit Recht auch am 9. November als alleiniger Inhaber der vorkriegenden Gewalt betrachte. Denn man will ihm die Hauptschuld für alle Vorgänge dieses Tages auf die Schultern legen. Selbst aus den vorliegenden Antworten Rahr's erkennt man aber, daß in der Nacht vom 8. zum 9. November die Regierung Rahr, die Regierung Krawinkel und die „Regierung“ des Rattenmüllers Akt, und zwar jede einzeln ohne eine Abtönung von dem, was die anderen taten, energisch darauf los regierten. Ganz zurückhaltend wird nun Rahr aber gegenüber den Fragen der Verteidiger nach jenen Plänen, die der ehemalige Reichsanwalt als einen „trockenen Hochverrat“ Rahr's bezeichnete, daß nämlich einmal das Reichskabinett ersetzt werden sollte durch ein Direktorium. Und ganz zurückhaltend, ganz unbestimmt, ganz vorsichtig wird er nun, als ihm die Verteidigung seine vielfachen Reden über einen Vorstoß nach Norddeutschland, über seinen Befehl zum Loslösen, über die Durchführung einer nationalen Diktatur in Berlin vorhält.

Unser 1. Preisrätsel.

Von unsern hiesigen und Berliner Geschäftsfreunden sind uns zahlreiche wertvolle Preise zur Verfügung gestellt worden. Wir können heute schon verraten, daß der glückliche Gewinner des 1. Preises ein modernes **Fahrrad mit Freilauf** erhält. Mit den Preisen des Verlages dürfte die Zahl derselben 25 betragen. / / / / /
Neu hinzutretende Leser können ebenfalls an der Lösung teilnehmen.
Näheres folgt.

Außerung um Einsetzung unter Nennung der Zeugen lassen die Verteidiger hier auszusprechen. Doch Rahr erinnert sich nicht daran, beizutreten, bis in einem Augenblick plötzlich der Justizrat von Justizrat aufspringt und dem Zeugen nebenan zuzurufen: „Erzählen, ich bin ja selbst als Zeuge dieser Unterredung dabei gewesen.“ Wenn man die Worte Rahr's, die vorgebracht werden und die er selbst, obwohl nicht bereidigt, eigentlich gar nicht zu befragen wagt, wenn man diese teilweise außerordentlich scharfen Erklärungen gegen die Reichsregierung, diese Aufforderung, sich „bereizubalten“, wenn man diese halbamtlichen Pläne wirklich ernst nahm, in ihnen das wirkliche Bösen, die wirklichen Ziele Rahr's erblickt, so nimmt das nicht Wunder, daß nicht nur die Männer, die als Angeklagte dort vorn an ihren Tischen sitzen, den Generalstaatskommissar als den Zügelnden erblickten, sondern daß gerade dadurch eine Stimmung erzeugt wurde, aus der heraus der Putz am 8. November erwuchs.

Wieviel eine wirkliche Schuld, eine juristisch greifbare, vorliegt, das wird dieser Prozeß, wird das gegen ihn eingeleitete Ermittlungsverfahren noch ergeben, von dem der Vorstehende zu Beginn der Bernehmung Rahr's Mitteilung machte. Und hat er Schuld auf sich geladen, so wird diese nicht dadurch geringer, daß er die anderen zu Schuldigen machte oder hat werden lassen.

Deutscher Reichstag.

(400. Sitzung.) CB. Berlin, 12. März.
Der Reichstag setzte in Verbindung mit der dritten Lesung des Roten die allgemeine politische Aussprache fort. Der Gesetzentwurf über die Goldtributbank wurde ohne Debatte dem Hausparlament übergeben.

Der erste Redner in der allgemeinen Aussprache war der Abg. Diernreiter von der Bayerischen Volkspartei, der sich über ungedeckte Verteilung der Steuern beklagte.
Abg. Eisenberger (Bayerischer Bauernbund) brachte sich ähnlich aus und meinte, daß die dritte Steuernotverordnung noch das Unrecht verhärtete, das schon bisher in der Steuernpolitik dem Mittelstande, besonders dem landwirtschaftlichen, angetan worden sei. Ungerecht werde aber auch beim Bauern die Steuerlast verfahren.
Der demokratische Abg. Schmitt sprach die Ansicht aus, daß der Bauplanabbau, der in wachsenden Maße eingetrete, nicht auf dem Wege der Verordnung geschehen dürfe, sondern der ordentlichen Gesetzgebung hätte überlassen bleiben sollen.

Reichsfinanzminister Dr. Lutzer führte aus, daß die Mittel, die die Regierung anwenden müßte, natürlich hart gewesen seien. Aber alles sei leichter zu ertragen, als eine Wiederkehr der Inflation. Die Regierung denkt nicht daran, das Verbrauchsquantum beizubehalten zu wollen. Der Minister gab dann einen Überblick über das Abkommen der Steuern in der letzten Zeit. Seit dem 1. 12. betragen die Lohnsteuer 14 %, die Besitzsteuer 58 % auf. Die industriellen Unternehmungen, die gegenwärtig wenig Gewinn abwerfen, seien hart mit Vermögenssteuer überlastet. Bei der starken Verarmung des deutschen Volkes könne dieses nur durch große Erleichterung der Einnahmen und äußersten Verminderung der Ausgaben den Weg ins Freie finden.
Der Kommunist Maltsch polenisierte gegen den Reichsarbeitsminister, der nur die Befehle ausführe, die ihm das Unternehmertum gebe.

(410. Sitzung.) CB. Berlin, 12. März.
Auf der Tagesordnung standen heute nur kleinere Vorlagen. Debatteles genehmigte das Haus zuerst in allen drei Lesungen das Gesetz, das die Reichsbahn die Erlaubnis gibt, in ihrem Besitz befindliche Grundstücke hypothekarisch zu belasten, ohne daß dazu eine Eintragung in das Grundbuch notwendig ist. Das Haus lehnte darauf auf Antrag des Ausschusses den Gesetzentwurf zur Änderung der Straßenzuglinienverordnung ab, weil der Reichsrat eine Bestimmung eingefügt hatte, daß solche Änderungen nur gestattet sein sollten, wenn die Postbehörde auch die Genehmigung der betreffenden einzelnen Länder erhalte. Die Geltungsbereich der Zuglinienverordnung für den Rhein wurde ebenfalls dem Reichsrat zur Genehmigung übergeben. Angenommen wurde weiter ein Petitionsantrag auf weitere Zahlung der sozialen Fürsorgeleistungen im besetzten Gebiet, wobei Reichsfinanzminister Dr. Lutzer bedauerte, daß von den Befugnisbehörden die Durchführung der Steuernotverordnung im besetzten Gebiet noch immer nicht genehmigt sei. Das Reich müsse mit den Steuererläosen aus dem besetzten Gebiet rechnen. Wenn sie ihm entzogen würden, können die Leistungen der Reparationsbehörde gefährdet werden. Der Gesetzentwurf über die Ausprägung von neuen Reichsilbermünzen ist vom Ausschuss dahin geändert worden, daß nur die 10-, 20- und 30-Markstücke, nicht aber 5-Markstücke, geprägt werden sollen. Eine Entschädigung erfuhr die Reichsfinanzverwaltung mit Rücksicht auf die bevorstehende Zahlungsmittelnot im besetzten Gebiet halbamtlich große Mengen der Silbermünzen dort in den Verkehr zu bringen.
Abg. Dr. Helfferich (Deutschnat) begrüßte es, daß die Gestalt einer Silbergeldemission vermieden wird durch die Bestimmung, daß entsprechend der Ausgabe von Silbermünzen Papiergeld eingezogen werden soll. Ein Fehler der Vorlage sei es aber, daß die neuen Münzen nicht auf Rentenwert, sondern auf Goldmark gestützt würden, obwohl die Goldmark gegenwärtig kein gleichliches Zahlungsmittel in Deutschland sei.

Schirme	Stöcke	Schirmfabrik Mag Albrecht, Berlin, Chausseest. 109 (1 Min. vom Stett. Hpt.) Untergrundbhf. Stett. Hpt.	Reparatur	Bräuge
---------	--------	--	-----------	--------